

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen, vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegraphische Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauschaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die gewöhnliche Kolonellzeile oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorkauf 2.00 Mk.; Familienanzeigen, die gewöhnliche Zeile 1.70 Mk.; Kellner-Kolonellzeile 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigabteile und alle Postanstalten entgegen.

Zur Eisenbahnerbewegung.

Der Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes für Annahme der Zugeländnisse.

Berlin, 18. Januar. Der Deutsche Eisenbahnerverband, die größte der im Sechzehnerausschuß vertretenen Organisationen, hatte am 18. Januar seinen erweiterten Vorstand erneut nach Berlin berufen. Nach einem umfassenden Bericht der Vertreter des Sechzehner-Ausschusses über den Gang der Verhandlungen und über die großen Schwierigkeiten, die neue Verhandlungen zur Annahmefähigkeit machen, wurde beschlossen, ohne Diskussion in geheimer Abstimmung zu dem Verhandlungsergebnis Stellung zu nehmen. Von den 74 abgegebenen Stimmen waren 51 für Annahme der im Verhandlungswege erzielten Zugeländnisse, 20 für den Streik und 3 Zettel waren unbeschriftet. Damit ist die Entscheidung gegen den Streik gefallen.

Berlin. Ebenso wie der Deutsche Eisenbahnerverband hat sich die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und -arbeiter für die Annahme der Regierungsvorschläge erklärt. Auch die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner hat beschlossen, das Abkommen mit der Regierung anzunehmen. Der Allgemeine Deutsche Eisenbahnerverband dürfte sich ebenfalls den Beschlüssen anderer Organisationen anpassen. In einem Aufruf der Eisenbahnerorganisationen an ihre Mitglieder wird die Annahme des erzielten Ergebnisses empfohlen und die Erwartung ausgesprochen, daß der Standpunkt der Führer von den Organisationsmitgliedern gebilligt werde.

Dresden. Die Landesgruppe Sachsen der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner hat auf einem außerordentlichen Verbandstag dem Ergebnis der Berliner Verhandlungen zugestimmt. Es wurde anerkannt, daß alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft worden seien und es unmöglich sei, die Regierung zu weiteren Zugeländnissen zu bewegen. Den Unterhändlern wurde das Vertrauen ausgesprochen.

Deutschlands Leistungen aus dem Friedensvertrag.

Eine vom Auswärtigen Amt veröffentlichte Denkschrift über die auf Grund des Friedensvertrages erfolgten Lieferungen und Leistungen Deutschlands, die auf die Wiedergutmachungsverpflichtungen anzurechnen sind, bringt die folgende Zusammenstellung: A. Sachleistungen der preussischen Bergverwaltung 100 284, Eisenbahnwagenpark in den Abteilungsgebieten 215 632 430, rollendes Eisenbahnmaterial 1 589 025 000, Eisenbahnfahrzeugsfahrzeuge 8 097 000, landwirtschaftliche Maschinen (Roenn-Lieferung) 28 918 066, Handelsflotte 7 310 302 824, Industrielle Maschinen usw. für den Wiederaufbau 906 330, Tiere 237 545 913, Kohlen und Koks 655 957 300, Ammoniak 2 851 204, Farbstoffe und technisch-pharmazeutische Erzeugnisse 225 525 008, zusammen 10 300 641 259 Goldmark; B. Saargruben 1 056 947 000, Reich und Staatsigentum 4 487 552 938, Wert der abgetretenen Eisenbahnbrücken über den Rhein, soweit sie nicht zu dem ehemaligen Reichslande Elsaß-Lothringen gehörten 8 582 350, Ueberseelebel 85 418 979, Rückzahlungen 2 497 790 000, zusammen 8 130 291 267 Goldmark; C. Kosten, die gemäß Artikel 235 des Friedensvertrages aus den ersten 20 Milliarden Goldmark bezahlt werden: Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen 2 219 311 746, Rheinlandsbegabung 450 000 000, Interalliierte Kommissionen 40 152 000, zusammen 2 739 464 046 Goldmark. Die Gesamtleistungen Deutschlands belaufen sich also demnach auf 21 170 396 572 Goldmark.

Aus der Aufstellung ergibt sich, daß Deutschland die Verpflichtung des Artikels 235, bis 1. Mai 1921, dem Termin, an dem keine Gesamtverpflichtungen festgelegt sein sollen, den Gegenwert von 20 Milliarden Goldmark zu leisten, bereits erfüllt hat.

Zur Pariser Konferenz.

Paris, 18. Januar. (T.M.) Man meldet, daß die Pariser Konferenz höchstens um drei bis vier Tage verschoben werden wird. Lord George und Lord Curzon werden wahrscheinlich am Sonntag in Paris eintreffen.

Paris, 18. Januar. Nach dem Echo de Paris erklärte Briand in einer Unterredung, er werde bei den bevorstehenden Verhandlungen kein Recht und kein Interesse Frankreichs gefährden lassen. Die Zeitungen befassen sich bereits eingehend mit der Zusammenkunft der Alliierten. Das Echo de Paris meint, Deutschland werde vielleicht eine neue Frist für die Entwaffnung, nötigenfalls mit dem Erfordernis der Bürgschaften erhalten. Das Blatt weist mit Bezug auf die Reparationsfragen auf einen Abschluß der englischen Note hin, wonach England jedenfalls einer Vertagung der Festlegung der deutschen Verpflichtungen zuneigt. Offensichtlich, sagt das Blatt, will England das Ergebnis der Abstimmung in Oberitalien abwarten. — Nach einer Londoner Meldung erklärt das neutrale Bureau aus ausländischer Quelle, es könnte sein, daß man sich auf der Pariser Konferenz auch mit der Gefahr beschäftigen werde, die mit dem Zusammenbruch Österreichs entstehen könnte.

Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Jugoslawien.

Berlin, 19. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Belgrad wird berichtet: Die Handelsvertragsverhandlungen mit den deutschen Delegierten sind nahezu beendet. Es ist eine Einigung erzielt worden in allen Handelsfragen, so wie im Transit-, Zoll-, Schiffsahrt- und Eisenbahnverkehr. Ueber politische Fragen, die im Laufe der Besprechungen auftraten, wird besonders verhandelt. Man will die hierbei etwa in Frage kommende Haltung der Entente-Regierungen abwarten.

Russische Verteidigungsmaßnahmen an den Küsten des Schwarzen Meeres.

Moskau, 15. Januar. Die russische Regierung gibt bekannt, daß verschiedene Teile der russischen Gebietsgewässer im Schwarzen Meer miniert und auch durch andre Verteidigungsmittel geschützt werden. Aus diesem Grunde werden die fremden Schiffe, welche in die russischen Gebietsgewässer im Schwarzen Meere eintausen, gebeten, die Linie welche sich im Schwarzen Meere in 12 Seemeilen Entfernung von der russischen Küste befindet, nicht zu überschreiten, mit Ausnahme der Stellen, wo es auf Grund der vorigen Punktprüche erlaubt ist, sich der Küste zu nähern. Die Nichtbeachtung dieser Ergänzung würde von seiten der Küstenartillerie das Ergreifen der üblichen Maßregeln nach sich ziehen.

Die türkischen Nationalisten gegen die Verbindung mit Sowjet-Rußland.

D. A. Mailand, 18. Januar. Dem Corriere della Sera zufolge hat sich der Kongreß der türkischen Nationalisten, der in Brussa (Kleinasiens) tagt, gegen jede Verbindung der Revolutionäre mit den Bolschewikern ausgesprochen. Es wurde mit großer Mehrheit beschlossen, an Enver Pascha das Ersuchen zu richten, sofort aus Moskau zurückzukehren.

D. A. Konstantinopel, 18. Januar. Die telegraphische Verbindung zwischen Konstantinopel und Angora ist wieder hergestellt. Die Okkupationsstruppen bemühen sich, Konstantinopel völlig zu isolieren, aber trotzdem bleibt der Waisenschmuggel. Da die Behörden keine Erlaubnis zu einer Reise nach Kleinasiens geben, so verlassen viele heimlich die Stadt und fliehen nach Angora, um sich Kemal Pascha zur Verfügung zu stellen.

Die Sowjet-Regierung und Deutschland.

London, 18. Januar. Wireless Press zufolge erklärte die russische Räteregierung, alle Gerüchte betreffend bevorstehende Angriffe Sowjetrußlands auf Deutschland beruhien auf Unwahrheit. Die Räteregierung betrachte die Herstellung friedlicher Beziehungen zu ihrem Nachbar als erste und hauptsächlichste Aufgabe.

Bersärfung des irischen Kampfes.

Aus London wird gemeldet: de Valera, von dem es kürzlich hieß, er bereite ein Manifest vor, das möglicherweise den Weg zu einem Frieden ebnen würde, hat ein Schreiben an den Bürgermeister von Dublin gerichtet, an den er die Mahnung richtet, einig zu sein, „um der augenblicklichen Bedrohung unseres Bestandes zu begegnen“. — Nach Berichten aus Dublin wird die Einkreisung einzelner Stadtbezirke durch Militär fortgesetzt. Bei zahlreichen Hausdurchsuchungen, die aufs peinlichste durchgeführt werden, wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Eine letzte Meldung besagt, daß zahlreiche englische Truppen einen großen Teil des Weichbildes der Stadt Dublin besetzt haben. Die Häuser, die die Straßen beherrschen, wurden von den Truppen sofort besetzt. Den Bewohnern wurde 20 Minuten Zeit zum Verlassen der Stadt gegeben. An den Fenstern wurden Maschinengewehre untergebracht, die die Straßen beherrschen. Jedes Haus wird systematisch durchsucht. Viele Einwohner sind verhaftet worden.

Neuter meldet: In London wurden 6 Personen, von denen eine, wie man annimmt, der Führer der terroristischen Sinnfeinerbewegung in England ist, im Zusammenhang mit dem vor kurzem stattgefundenen Versuch, Petroleumlager in Brand zu stecken, von bewaffneten Geheimpolizisten verhaftet. Eine Menge von Drucksachen wurde beschlagnahmt.

Wirkungen der Weltkrise.

London, 18. Januar. Laut Westminster Gazette nimmt die Zahl der Erwerbslosen dauernd zu. Ein erstes Zeichen der industriellen Lage sei die anhaltende Flaute in wichtigen Kohlenbergwerken. In verschiedenen Teilen des Landes, so im Bezirk Swansea, feierten Tausende von Bergarbeitern. In einer vor den Delegierten der konstitutionellen Arbeiterpartei gehaltenen Rede erklärte Lord Curzon, augenblicklich sei die Arbeitslosigkeit am schärfsten in Amerika, danach kämen England, Frankreich, Belgien und dann erst Italien und Deutschland.

Zeitgemäße Strömungen in der Beamtenbewegung.

III. Während der Revolution.

Wie für alle Arbeitnehmerrgruppen, brachte der Ausbruch der Revolution auch für die Beamten Neuerungen und Umwälzungen. Zunächst erhielten sie das Koalitionsrecht, was natürlich einen gewaltigen Schritt vorauswärts bedeutete. Die zeitgemäheren Strömungen haben so leichter Gelegenheit, sich durchzusetzen und tun es auch, wie zunächst der Bund zum gewerkschaftlichen Organisationsauf- und -ausbau, später die Bewegung zur gewerkschaftlichen Richtungsfindung beweist. Damit war zunächst die Vorbedingung zur Durchführung großzügiger Kämpfe geschaffen, die alle hemmende Zerplitterung nach kleinlichen Gesichtspunkten beseitigt. Die Grundrechte der Beamten wurden in den Artikeln 128 bis 131 der Verfassung festgelegt. Die Nationalversammlungsmehrheit konnte dabei allerdings verhindern, daß eine klare Bestimmung über das Streikrecht festgesetzt wurde. Heute kreieren sich einzelne Beamtengruppen mit den Behörden, ob das Streikrecht mit der Gewährung des Koalitionsrechts verbunden ist. Wenn den Beamten aber durch den § 130 das Streikrecht nicht mit ausgebilligt würde, müßte ihnen auch das Koalitionsrecht nichts, denn ohne Streikrecht ist eine machtvolle Interessenvertretung nicht gewährleistet.

Die damit angechnittene Frage bildet einen Grund für lebhafteste Auseinandersetzungen innerhalb einzelner Beamtenverbände, wie beispielsweise die Tagung des „Verbandes Sächsischer Polizeibeamter“ bewiesen hat. Diese Auseinandersetzungen weisen aber noch eine andre Tendenz auf. Sie sind verknüpft mit Kämpfen um ein Bekenntnis. Die unteren und mittleren Beamten können nämlich bei der Entwicklung der Dinge nicht bei dem Bekenntnis zur „Gewerkschaft“ stehen bleiben und verlangen das Bekenntnis zur „freien Gewerkschaft“, wobei sie sich im Gegensatz befinden zu den meist mit weitgehenden Dienstvolkmachten ausgestatteten höheren Beamten.

Die Gewährung des Koalitionsrechts ließ nach Revolutionsbeginn zunächst den Einheitsgedanken stärker werden, der, wie wir bereits erwähnt, schon zur Bildung des Reichsausschusses geführt hatte. Er führte am 4. Dezember 1918 zur Auflösung der bisherigen Organisationsgruppen und zur Gründung des „Deutschen Beamtenbundes“ (D. B. B.).

Der D. B. B. zählte bei seiner Gründung über 1 Million Mitglieder. Nach den Feststellungen auf dem 2. Deutschen Beamtenkongress (Anfang Oktober 1920) umfaßte er 51 Fachverbände mit 812 000 Mitgliedern und 23 Landesverbände mit 254 000 Mitgliedern. Insgesamt 74 Verbände mit 1 066 000 Mitgliedern. Organisatorisch stellt der D. B. B. ein Kartell aus selbständigen Verbänden dar, das untergegliedert ist in Landes- und Ortsstellen.

Gemäß seiner Gründungszeit legte sich der D. B. B. auf ein gewerkschaftliches Programm fest, d. h., er erkannte an, daß sich die Beamten als reine Arbeitnehmer — freie Lohnarbeiter — zu fühlen und zu betätigen haben. Seine ersten Arbeiten zielten auf eine Verankerung des Beamtensystems in der neuen Reichsverfassung und auf eine Beseitigung des einschlägigen Wirrwurrs in dem Steuerungsapparatsystem hin. In beiden Fällen waren ihm Erfolge beschieden. Eine grundlegende Verbesserung der Wirtschaftslage seiner Mitglieder schaffte dagegen an der katastrophalen Finanzlage des Reiches. Aber gerade hieraus müßte der D. B. B. gewisse Konsequenzen ziehen.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem trägt die Notwendigkeit wirtschaftlicher Krisen in sich. Als trübseligste Form der Wirtschaftskrise ist aber der Krieg anzusprechen. Der Krieg hat auch den Beamten jene furchtbare wirtschaftliche Lage gebracht, in der sie sich befinden. Zur Behebung dieser Not ist, da sie im Wirtschaftssystem begründet liegt, die Beseitigung des bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystems und seine Ersetzung durch eine bedarfswirtschaftliche auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage erforderlich. In dieser Einsicht sind bis heute leider nur erst wenige Leute im D. B. B. gekommen. Damit wird eigentlich die Stellung des D. B. B. gekennzeichnet: Es steht in ihm jede klare grundsätzliche Stellungnahme zu den großen Fragen der Zeit.

Diese grundsätzliche Stellung hat sich in der Arbeiterbewegung bereits Ende des vorigen Jahrhunderts herausgearbeitet und hat dort zur Scheidung in die drei großen Lager „freigewerkschaftlich“, „freiheitlich-national“ (Hirsch-Duncker) und „christlich-national“ geführt. In der Angestelltenkategorie hat sich das gleiche durch große grundsätzliche Kämpfe während und nach dem Kriege vollzogen. Die Beamtenbewegung ist davon noch verschont geblieben, doch machen sich die ersten Anzeichen bemerkbar. Der Prozeß wird sich aber langsam vollziehen, weil die Beamten die Ursache ihrer Leiden in der kapitalistischen Wirtschaftsform nicht so deutlich vorgerichtet bekommen wie die Arbeiter. Die Staatseinrichtungen, die in Wirklichkeit Instrumente des Kapitalismus darstellen, verhüllen diesen Zusammenhang etwas. Und die Beamten sagen: „Wir sind (entsprechend dem Artikel 130 der Reichsverfassung) in